

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 5 2023

1. Regional
2. Guatemala
3. Nicaragua
4. Honduras
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Tagung des RT-ZA: Am 7., 8. und 9. September 2023 findet die fünfte Tagung des Runden Tisches Zentralamerika in Berlin statt, zum Thema "Einsatz für Umwelt, Demokratie und Menschenrechte und die Rolle Deutschlands". Wir werden [mit Expert*innen und betroffenen Personen aus Zentralamerika und Europa](#) über den zivilgesellschaftlichen Widerstand in der Region diskutieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten. [Zur Anmeldung](#).

and the state from a transdisciplinary perspective . Die Veranstaltung findet am 13. und 14. Juli. im Raum 201 des LAI (Rüdesheimer Str. 54-56, 14197 Berlin) statt. [Weitere Informationen](#).

Ernährungssicherheit: In einem neuen gemeinsamen [Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen \(FAO\) und des Welternährungsprogramms \(WFP\)](#) werden die Länder des zentralamerikanischen Trockenkorridors als "besonders besorgniserregende Brennpunkte" eingestuft. Dem Bericht zufolge werden die Auswirkungen von El Niño auf die landwirtschaftliche Produktion die Folgen der Inflation verschärfen und die Ernährungsunsicherheit in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua deutlich verschlechtern. [Zum Bericht als PDF \(Englisch\)](#).

2. Guatemala

Wahlergebnisse: Bei der Wahl am 25. Juni hat Bernardo Arévalo, Kandidat der Mitte-Links-Partei Semilla, [überraschend 12 Prozent der Stimmen bekommen](#). Arévalo ist Diplomat und [Sohn des ersten demokratisch gewählten Präsidenten nach der Revolution von 1944, Juan José Arévalo Bermejo](#). Auf dem ersten Platz lag wie erwartet Sandra Torres von der Partei Unidad Nacional de la Esperanza (UNE), [allerdings mit 15 Prozent der Stimmen und somit deutlich weniger Stimmen, als die Umfragen vorhergesagt hatten](#). Über 17 Prozent der Stimmen waren ungültig oder leer. Die Wahlbeteiligung lag bei 60 Prozent.

Die Umfragen im Vorfeld der Wahlen [hatten diese Ergebnisse nicht vorhergesehen](#). Stattdessen wurde erwartet, dass Zury Ríos, die Tochter des Diktators Efraín Ríos Montt, den zweiten Platz erreichen würde. Weil keiner der Kandidaten über die nötigen 50 Prozent kam, [wird am 20. August eine Stichwahl zwischen Arevalo und Torres stattfinden](#).

Verfolgung von Journalist*innen: Ein guatemaltekisches Gericht [hat den bekannten Journalisten und Gründer von elPeriódico, José Rubén Zamora, am 15. Juni zu sechs Jahren Haft verurteilt](#). Ihm wurde Geldwäsche vorgeworfen, von anderen Vorwürfen, darunter Erpressung, wurde er freigesprochen. Nationale und internationale

Politische Gewalt: Im Rahmen des Wahlkampfes kam es in Guatemala zu mehreren Vorfällen von politischer Gewalt. Erlindo Rodríguez Samayoa, kandidat der Partei UNE für den Stadtrat von Concepción Las Minas Chiquimula, wurde am 17. Juni bei einem direkten Angriff erschossen. Ein weiterer Ratskandidat, Romeo Maldonado Bourdet, für die Partei Victoria, wurde Anfang Juni in San Lucas Tolimán, Sololá, ermordet. Darüber hinaus wurde ein Mitglied des Wahlvorstands in Guatemala-Stadt für die Cabal-Partei, Ángela Lucero Cifuentes, zusammen mit ihrem Ehemann nach einer Sitzung ihrer Partei ermordet.

Gerechtigkeit: Am 15. Juni begann der Prozess gegen neun Militärangehörige, die wegen des Massakers im Jahr 2012 auf dem Alaska-Gipfel angeklagt sind, dem ersten vom Staat verübten Massaker in Friedenszeiten. Das Strafverfahren begann vor 11 Jahren, aber erst in diesem Juni fand die Anhörung statt.

Am 4. Oktober 2012 demonstrierte die Maya K'iche' Bevölkerung aus Totonicapán friedlich gegen verschiedene Maßnahmen der Regierung von Otto Pérez Molina. Die Regierung schickte Spezialeinheiten der Polizei und der Armee, um den Protest aufzulösen. Die staatlichen Sicherheitskräfte ermordeten acht Menschen und verletzten mehr als 34 weitere Personen.

3. Nicaragua

Waldbrände: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 wurden in Nicaragua 1936 Waldbrände gemeldet, 1703 mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2022. Nach Angaben der Fundación del Río ereignen sich die meisten dieser Brände in geschützten Gebieten und in Gebieten mit indigener und afro-indigener Bevölkerung. Die Organisation stellte außerdem fest, dass die landwirtschaftlichen Brände in diesen Regionen mit den zunehmenden Vertreibungen und Besetzungen durch "Colonos" zusammenhängen. Amaru Ruiz, Leiter der Fundación del Río und Gast bei der Tagung des RT-ZA im September, erklärte, dass die nicaraguanische Regierung weiterhin veraltete und ineffiziente Methoden zur Bekämpfung von Waldbränden einsetzt.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Rosario Murillo sowie weitere Regierungsmitglieder. Das Ziel des Besuchs war die "Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit". Sie unterzeichneten drei Absichtserklärungen: eine über die wirtschaftliche, handelspolitische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, eine über die Justiz und eine über die Zusammenarbeit bei der medizinischen Versorgung. Ortega behauptete, dass die beiden Länder "Zeichen Gottes" teilten, da beide Revolutionen im Jahr 1979 stattgefunden haben.

Religionsfreiheit: Nicaragua ist im Bericht 2023 des katholischen Hilfswerks Aid to the Church in Need (ACN International) über die Religionsfreiheit in der Welt in die unterste Kategorie gefallen. Es ist das einzige lateinamerikanische Land in dieser Kategorie. ACN International ist nun der Ansicht, dass die Kirchen in Nicaragua unter Verfolgung leiden. Als Gründe nennt die Organisation unter anderem das Exil von Priestern, den Entzug des Rechtsstatus religiöser Institutionen, die Verfolgung von Priestern, die willkürliche Inhaftierung von Gläubigen, die Schließung eines katholischen Fernsehsenders. Die Regierung hat vor kurzem die Konten eines Priesterseminars in Bluefields eingefroren und es damit zur Schließung gezwungen.

Politische Gefangene: Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) hat die Regierung Ortega zur sofortigen Freilassung des seit August 2022 inhaftierten Bischof Rolando Álvarez aufgefordert. Der Bischof wurde im März 2023 wegen einer Reihe von Straftaten, darunter "Hochverrat", zu 26 Jahren Haft verurteilt.

Der nicaraguanische Politiker und ehemalige politische Gefangene Félix Maradiaga startete Mitte Juni auf dem Osloer Freiheitsforum eine Kampagne für die Freilassung von Álvarez. Maradiagas Initiative ist Teil der globalen Kampagne "End Arbitrary Detention Now".

4. Honduras

ermordet. [Nach Recherchen von Contracorriente](#) wussten Mitarbeiter des Ministeriums für Sicherheit im Voraus, dass die Insassen des Barrio 18 den Anschlag geplant hatten.

In der Nacht des Massakers [gab die Regierung die Entlassung des Sicherheitsministers Ramón Sabillón bekannt](#), der durch Gustavo Sánchez, bis dahin Polizeidirektor, ersetzt wurde. Als Reaktion auf die Gewalt hat die Regierung beschlossen, [alle 21 Gefängnisse des Landes für ein Jahr unter die Kontrolle der Militärpolizei zu stellen](#). Die Bilder der [Aktionen des Militärs in den Gefängnissen](#) ähneln denen, die von der Regierung von Nayib Bukele in El Salvador im Rahmen des Ausnahmezustands veröffentlicht werden.

Klimakrise: Die honduranische Regierung hat wegen der durch das El-Niño-Phänomen verursachten Dürre [in 140 der 298 Gemeinden des Landes die Alarmstufe Rot ausgerufen](#). Das Zentrum für Atmosphärische, Ozeanografische und Seismische Studien (Cenaos) [prognostiziert für Juni, Juli und August erhöhte Temperaturen und wenig Niederschlag](#).

Die Dürre gefährdet die Stromversorgung des ganzen Landes, da sie für eine niedrigen Wasserstand der Dämme sorgt. Aus diesem Grund [hat Präsidentin Xiomara Castro Anfang Juni die Rationierung von Strom angekündigt](#). Bis auf weiteres wird jeden Montag [ein Kalender veröffentlicht](#), in dem die Gebiete aufgeführt sind, in denen die Stromversorgung gewährleistet wird.

Sicherheitspolitik: Am vergangenen Wochenende wurden innerhalb von 24 Stunden 21 Menschen getötet, [13 von ihnen bei einem Massaker in einer Bar in Choloma](#), im Norden des Landes. Unter den Opfern [waren vier Gewerkschaftsvertreter*innen des Unternehmens Gildan San Miguel](#). Daraufhin [verhängte Präsident Castro eine Ausgangssperre in Choloma und San Pedro Sula von 21 Uhr bis 4 Uhr morgens](#). Die Ausgangssperre ist seit dem 24. Juni für fünfzehn Tage in Kraft und kann verlängert werden.

Diese Maßnahme kommt zum Ausnahmezustand hinzu, den die Regierung Castro seit Dezember 2022 über mehr als die Hälfte des Landes verhängt hat und der monatlich verlängert wird. Nach einem Besuch im Land [äußerte sich der UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Morris Tidball-Binz, besorgt](#) über Todesfälle und die Behinderung von Ermittlungen im Rahmen des Ausnahmezustands.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

naben ihn in seinem Haus erschossen und seine Mutter Catalina Ramos schwer verletzt. Oqueli Domínguez ist der Bruder des Aktivisten Aly Domínguez, der vor fünf Monaten auch ermordet wurde. Der Bruder von beiden, Reynaldo Domínguez, ist ebenfalls ein bekannter Aktivist, der wegen seines Engagements kriminalisiert wird. Alle hatten sich in der Umweltschutzgruppe Resistencia de Guapinol gegen ein Bergbauprojekt und für den Schutz des Guapinol-Flusses engagiert.

5. El Salvador

Wahl 2024: Präsident Nayib Bukele und Vizepräsident Félix Ulloa haben offiziell ihre Kandidatur zur Wiederwahl bei den bevorstehenden Wahlen für die Partei Nuevas Ideas angekündigt. Bis zu ihrer Registrierung am 26. Juni waren Bukele und Ulloa in der Partei GANA registriert.

Die sofortige Wiederwahl wird in sechs verschiedenen Artikeln der salvadorianischen Verfassung explizit verboten, und sogar der Aufruf zur Wiederwahl wird mit dem Entzug der Wahlrechte bestraft. Im Jahr 2021 erließ der Oberste Gerichtshof, der von der Regierung Bukele verfassungswidrig eingesetzt wurde, jedoch ein Urteil, das die Wiederwahl zulässt. Rechtsexperten und zivilgesellschaftliche Organisationen sind der Ansicht, dass dieses Urteil im Widerspruch zum salvadorianischen Recht steht.

Reform des Wahlsystems: Weniger als neun Monate vor den Wahlen hat der von der Partei Neue Ideen (NI) von Nayib Bukele kontrollierte Kongress das Wahlsystem vollständig reformiert. Der Präsident verkündete die Änderung am 1. Juni: Statt 84 Abgeordneten wird der Kongress nur noch 60 Abgeordnete haben, und statt 262 Gemeinden wird das Land nur noch 44 haben.

Organisationen der Zivilgesellschaft behaupten, die Maßnahme solle die Partei des Präsidenten bei den Wahlen begünstigen. Die Änderung der Anzahl der Sitze im Kongress

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

der Regierung, Bürgermeisterämter zu streichen, die bisher in den Händen von Oppositionsparteien lagen. Dies bedeutet auch, dass die Parteien, die von dem Gesetzentwurf nichts wussten, die angekündigten Vorwahlen neu formulieren müssen.

Umstrukturierung der Verwaltung: Die Konsequenzen der Änderung der Anzahl an Gemeinden [betreffen nicht nur den Wahlprozess](#). Der Name aller Gemeinden wird geändert, die Verwaltung wird zentralisiert und die derzeitigen Gemeinden werden zu "Bezirken". Die meisten departamentos (Provinzen) [werden in Süd, Nord, Ost und West unterteilt](#). Obwohl die Regierung zugesichert hat, dass es keine Massenentlassungen geben wird, [herrscht unter den Mitarbeiter*innen der Gemeinden Unsicherheit](#).
